

# WIR SIND DIE ZUKUNFT



\*\*\*\*\*  
**NEWSLETTER Nr. 2/2019 "Wir sind die Zukunft"**  
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit  
[www.wir-sind-die-zukunft.net](http://www.wir-sind-die-zukunft.net)

\*\*\*\*\*  
**INHALT**

- **Infos aus dem KJHA vom 29.01.2019**
- **Rahmenkonzeption: Offene Kinder- und Jugendarbeit als antirassistische Arbeit**
- **#20JahreGIT – (Medien-)Pädagogik für eine digitalisierte Gesellschaft**
- **Kreativ im Atelier**
- **Lichterkette#Nextlevel**
- **Veranstaltungstipps**
- **Veranstaltungsplanung 2019**
- **Impressum**

\*\*\*\*\*  
**INFOS AUS DEM KJHA VOM 29.01.2019**

**Umsetzung der Istanbulkonvention in München**

Die Konvention ist ein 2011 vom Europarat ausgearbeiteter völkerrechtlicher Vertrag zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Im gemeinsamen Beschluss des Sozialausschusses, des KJHA, des Verwaltungs- und Personalausschusses, des Kreisverwaltungs Ausschusses, des Gesundheits- und des Bildungsausschusses wurden die Maßnahmen der Stadt zur Umsetzung und der weitere Handlungsbedarf innerhalb der Stadtverwaltung zur Kenntnis genommen.

StRin Anja Berger (Grüne) übte scharfe Kritik an der Vorlage, die ihrer Ansicht nach nur oberflächlich und ohne Aussage zum weiteren Ressourcenbedarf auf den Antrag ihrer Fraktion eingehe. Viele bestehende gute Projekte würden nicht aufgeführt und ein inzwischen gestrichener Satz in der Vorlage weise sogar eine Nähe zur Rhetorik der AFD auf. Die beteiligten Referate nähmen den Schutz der Frauen offenbar nicht ernst. Viele Aspekte wie z.B. die Sondersituation geflüchteter Frauen bei der Aufnahme in Frauenhäuser oder die Weigerung der Regierung den Infobus auf dem Gelände der staatlichen Unterkünfte einzusetzen, würden kaum oder gar nicht angesprochen. Sie beantragte deshalb eine qualifizierte Vertagung des Themas.

StR Cetin Oraner (Linke) begrüßte die Vorlage „in Teilen“, sah aber auch Lücken. Er fragte konkret das RBS zu den Aktivitäten beim Thema Selbstverteidigung für junge Frauen an Schulen.

StRin Anne Hübner (SPD) zeigte sich verärgert über den Vortrag von Anja Berger. Bei aller Kritik im Detail sei der Vorwurf des Desinteresses an die Referate überzogen. Sie kritisierte ihrerseits die städtische Gleichstellungsstelle: Diese kritisiere in einer kurzen Stellungnahme, dass die Vorlage den Stand der Umsetzung der Konvention in München nicht zufriedenstellend darstellt, habe aber nicht konstruktiv an der Erstellung der Vorlage mitgewirkt.

Karin Majewski (DPWV) erklärte, dass München sehr gut dastehe. Schon lange vor der Konvention aus dem Jahr 2011 war München hier vorbildlich unterwegs. Die Vorlage sei zwar sehr „verwaltungsmäßig“ formuliert, das ändere aber nichts an der guten Praxis in München. Sie übte Kritik an der Regierung von Oberbayern, die bei geflüchteten Frauen eine Anzeige für die Aufnahme im Frauenhaus fordert. Dies sei eine nicht hinnehmbare Diskriminierung der geflüchteten Frauen, andere Frauen würden auch ohne Anzeige gegen beispielsweise den Partner aufgenommen. Sie forderte zudem eine bessere Zusammenarbeit in der Verwaltung der Stadt ein.

Gabi Nuss (Gleichstellungsstelle) verstand die „Verwunderung“ über die fehlende Zeichnung der Vorlage durch die Gleichstellungsstelle. Die Kooperation mit dem Jugendamt sei im Vorfeld gut gewesen, wenn auch die federführende Zuständigkeit des Jugendamtes für das Thema nicht nachvollziehbar gewesen sei. Die „Verwaltungsverzahnung“ sei nicht optimal gewesen. Eine Zeichnung wäre möglich gewesen, wenn der Beschluss mit konkreten Vorhaben unterfüttert worden wäre. Insgesamt gebe es bei dem Thema noch „Luft nach oben“.

Bürgermeisterin Christine Strobl zitierte den Antrag der Grünen, der aus einem Satz bestand: „Die Stadtverwaltung wird aufgefordert darzustellen, wie und mit welchen Ressourcen die Istanbulkonvention in München umgesetzt wird.“ Die Aufgabe sei an die Referate durchgereicht worden. München mache in dem Bereich sehr viel, ohne dafür eigentlich zuständig zu sein. Sie bedauerte, dass nicht konkrete Aufgaben im Hinblick auf konkrete Lücken im System benannt worden seien. Eine bloße Aufzählung der guten Arbeit in München sei nicht wirklich zielführend. Die Gleichstellungsstelle habe früher auch inhaltlich gute Vorlagen geliefert.

StR Mario Schmidbauer (Bayernpartei) griff die Grünen wegen ihrer pauschalen Kritik an der Vorlage an.

StRin Sabine Bär (CSU) zeigte sich stolz auf das Engagement der Stadt. Bei den Überlegungen, wo noch was fehlt, können alle etwas beitragen.

Saskia Adlon (Münchner Trichter) fragte nach dem Stand beim Aktionsplan zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, für den ja die Gleichstellungsstelle die Federführung habe.

Lourdes Roos (Münchner Trichter) freute sich über das hohe Niveau der Debatte. Wenn so detailliert diskutiert werde, sei das ein gutes Zeichen. München leiste viel und sei vorbildlich. Dafür wolle sie sich bedanken. Sie unterstützte die Nachfrage von Cetin Oraner zur Selbstbehauptung an Schulen. Zudem reiche die Zahl der Plätze in Frauenhäusern nicht aus.

Kerstin Günter monierte die fehlende Beteiligung des Behindertenbeirats. Frauen oder Menschen mit LGBT-Hintergrund seien im Falle einer Behinderung mehr als andere von Gewalt betroffen. Es gebe Faktoren, die das Risiko betroffen zu sein, erhöhen. Auch sie verwies auf den in Arbeit befindlichen Aktionsplan und bat, bei der Erstellung die Behindertenkonvention zu berücksichtigen. Daneben wies sie auf bestehende Unterstützungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen mit Behinderung hin.

StR Fritz Schmude (LKR) unterstützte die Vorlage und bezeichnete die Kritik der Grünen als „bodenlos“. Die Arbeit solle aber ergänzt werden. Er wolle dazu ermuntern, das Thema Gewalt gegen Frauen in der „Parallelgesellschaft“ zu thematisieren.

Bürgermeisterin Christine Strobl wies den Beitrag von Schmude zurück. Gewalt gegen Frauen könne nicht „so platt“ wie von Schmude diskutiert werden.

Sozialreferentin Dorothee Schiwy betonte, dass Gewalt gegen Frauen für ihr Referat und auch für die anderen Referate ein wichtiges Thema sei und verwies auf die beachtlichen Leistungen Münchens. Sie zeigte sich verärgert darüber, dass aus der ursprünglichen Version einer veränderten Vorlage zitiert werde. Diesen Stil kenne sie so bisher nicht. Den damit verbundenen Vorwurf der Grünen wies sie zurück. Die Kritik der Gleichstellungsstelle bezeichnete sie als einen Streit um des Kaisers Bart. Die Federführung beim Aktionsplan und damit für die weitere Entwicklung liege ja bei der Gleichstellungsstelle. Diese könne dann ja eine Vorlage einbringen, die ihren Ansprüchen genügt.

Stadtschulrätin Beatrix Zurek berichtete, dass ein Programm für die Selbstbehauptung von Mädchen momentan für städtische Schulen in der Entwicklung sei.

Der Antrag der Grünen auf Vertagung wurde abgelehnt und der vorgelegte Antrag der Referate angenommen.

### **Anerkennung des Vereins KiMÜ Kindergesundheit München e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß §75 SGB VIII**

Elsbeth Hülsmann (DPWV) wies auf einen Widerspruch zwischen der Satzung und dem vorgelegten Bericht des Vereins hin. Der Verein erhielt die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß §75 SGB VIII.

### **Grundsatzbeschluss Münchner Familienzentren**

In einem gemeinsamen Antrag von SPD und CSU wurde die Verwaltung beauftragt, in den bisherigen Strukturen der Angebote für Kinder und Familien insbesondere die Unterstützung von benachteiligten Kindern und Familien sicherzustellen. Der vorgelegte Grundsatzbeschluss sollte dazu Perspektiven für eine Fortschreibung im möglichen Rahmen und die bessere Vernetzung bestehender Ressourcen darstellen

Yvonne Lüders (Vertreterin Familienzentren) verwies auf die verteilte positive Stellungnahme der „Vernetzung Münchner Familienzentren“ hin und dankte für Vorlage. München sei in dem Thema bundesweit weit voraus.

StRin Jutta Koller (Grüne) freute sich ebenfalls und wies auf Gebiete ohne Versorgung hin. Das betreffe insbesondere den Münchner Norden. Sie freute sich auf die hoffentlich bald stattfindende Eröffnung eines neuen Familienzentrums in der Nordheide.

Elsbeth Hülsmann (DPWV) lobte die gute Zusammenarbeit von Verwaltung und freien Trägern bei der Erarbeitung des Konzepts und wies auf die unterschiedliche Ausprägung der Angebote für Kinder in den verschiedenen Zentren hin. Bei einer Fortschreibung des Konzepts solle zudem auf die Abgrenzung der Aufgabenstellung zu den Erziehungsberatungen geachtet werden.

StRin Beatrix Burkhardt (CSU) ergänzte, dass man trotz grundsätzlicher Zustimmung bei Stel- lenzuschaltungen genau hinschauen müsse.

StR Christian Müller (SPD) betonte den langen Weg seit der Gründung der ersten Mütterzentren. Den im Konzept verwendeten Begriff der „erschöpften Familie“ fand er zu unpräzise. Er betonte, dass der Bedarf für die Einrichtungen vor allem bei den weniger privilegierten Familien liege. Die Aufgaben lägen heute in der Unterstützung bei vielfältigen Fragestellungen. Dabei sei die Beratung gerade für die angesprochene Zielgruppe in den Zentren niederschwellig leichter zu bekommen. Den angesprochenen Wunsch nach einer Ausstattung mit Verwaltungsstellen in den Zentren kommentierte er mit der Gleichbehandlung in anderen vergleichbaren Einrichtungstypen wie ASZ oder Freizeitstätten.

Kerstin Günther lobte die gute Einbeziehung der Inklusion ins Konzept.

### **Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit rund um das Neubaugebiet des ehemaligen Paulaner Brauereigeländes**

Die Empfehlung der Bürgerversammlung, einen Jugendtreff bei der Nachbebauung des Paulaner Geländes anzumelden, wurde von der BA-Vorsitzenden Adelheid Dietz-Will in ihrer Wortmeldung nochmals unterstützt. Sie bedauerte, dass sie über den Inhalt der heutigen Vorlage vorher nicht informiert war. Die soziale Infrastruktur fehle bei der Neubebauung. Insbesondere fehle ein Jugendtreff. Der Antrag der Bürgerversammlung aus dem Jahr 2015 werde erst jetzt behandelt. In der Au gebe es nur einen Jugendtreff, die anderen beiden genannten lägen in Haidhausen. Die entsprechenden Anträge des BA seien schon in der Planungsphase nicht beachtet worden. Die Prognosezahlen für Kinder und Jugendlichen seien sehr hoch. Sie

sei enttäuscht über die Entwicklung und die heutige Beschlussvorlage, in der nicht einmal mehr das ursprünglich geplante kleine Jugendcafé enthalten sei.

StR Christian Müller betonte, dass man genau hinschauen werde, wie es mit dem JT Au weitergeht. Hier wäre es nach den jahrelangen Verzögerungen nun an der Zeit, bei der Sanierung in die Zielgerade einzubiegen. Er bat zudem um die Prüfung einer stationären Anbindung für die geplante mobile Arbeit in einem Ladenlokal. Den Anliegen des BA werde durchaus Rechnung getragen.

StR Sebastian Weisenburger (Grüne) fragte nach, wie es mit den Planungen zu dem Hort im JT Au und dem nun aufgetretenen Thema Denkmalschutz für das Gebäude stehe. Er fragte zudem, ob man einen Plan B für den Fall des Scheiterns der Planungen habe.

Jugendamtsleitern Esther Maffei erklärte man sei dran, den Jugendtreff schnellstmöglich zu sanieren. Auch die geplanten mobilen Angebote würden verfolgt. Die Anregung der stationären Anbindung der mobilen Arbeit nehme man mit.

StRin Anne Hübner (SPD) erklärte, dass diese Antwort auf die Frage von Weisenburger zu dürftig sei. Das Jugendamt müsse hier schon konkreter werden.

StR Mario Schmidbauer betonte die Funktion als trennendes Element der Hangkante in der Au. Er forderte, dass im Paulaner Gelände was für Jugendliche passieren solle.

Sozialreferentin Dorothee Schiwy schlug zur Frage von Weisenburger nach einem Plan B vor, dass man den heutigen Beschluss um den Punkt eines Berichts im Stadtrat bis Juli 2019 ergänzen solle, um Zeitdruck aufzubauen.

Der Antrag wurde mit der Ergänzung der Referentin beschlossen.

### **Rahmenvertrag Verpflegungsleistungen in städtischen Kindertageseinrichtungen, Folgeausschreibung, Vergabeermächtigung Verpflegungssysteme Cook & Chill und Cook & Freeze**

Das Referat für Bildung und Sport legte den Beschluss zur Verlängerung bei der Verpflegung in den städtischen Kitas für die Vertragszeiträume 2019 bis 2022 vor.

StRin Anja Berger dankte für die Losaufteilung, damit könnten sich nun auch kleinere Anbieter an der Ausschreibung beteiligen. Sie fand die Bewertung des Probeessens bei der Auswahl des Anbieters mit 25 Prozent zu hoch. Demgegenüber seien 5 Prozent für soziale bzw. ökologische Aspekte zu niedrig. Sie fragte, ob hier noch eine Änderung möglich sei.

StRin Beatrix Burkhardt fragte nach, wie es um die Versorgung bei der geplanten Zusammenführung von Schule und Betreuung (Horte) im Kooperativen Ganztage stehe.

Dr. Susanne Hermann (RBS) betonte den Wert der Elternbeteiligung beim Probeessen. Die hohe Wertung sei eine gute Möglichkeit den Eltern gegenüber Mitwirkungsmöglichkeit und Wertschätzung auszudrücken.

Bürgermeisterin Christine Strobl wendete dagegen ein, dass man ja wisse, dass die Firmen beim Probeessen einen höheren Aufwand betrieben. Es sei nicht klar, ob das im Alltag Bestand habe.

Stadtschulrätin Beatrix Zurek erklärte, dass die 5 Prozent nur besonderen Bedürfnisse bei sozialen und ökologischen Aspekten gerecht werden sollten. Ansonsten seien diese Themen in den 30 Prozent des Speiseplans und natürlich auch schon in den inhaltlichen Vorgaben der Ausschreibung enthalten. Ihrer Erfahrung nach falle die Qualität nicht automatisch nach dem Probeessen ab. Sie bat darum, die Vorlage dieses Mal so zu belassen, Man werde die Anregungen in die Gespräche mit den Elternbeiräten mitnehmen.

StR Mario Schmidbauer meinte, dass die genannten Kriterien alle „nett“ seien, aber es liegt am Ende eben am Preis, ob das Essen gut oder weniger gut sei. Wenn der Preis niedrig sein solle, dann werde das Essen nicht besser werden.

Beatrix Zurek erklärte zur Frage von Beatrix Burkhardt, dass die Träger des Kooperativen Ganztags wie auch der Horte in der Wahl des Essens frei seien. Die Vorlage wurde einstimmig ohne Änderung angenommen.

#### **Ohne weitere Diskussion wurde beschlossen:**

#### **Investitionskostenförderung beim Bau nichtstädtischer Kindertageseinrichtungen - Kindertagesstätten sonstiger Träger**

- Haus für Kinder an der Vesaliusstr. 25 im 23. Stadtbezirk Allach-Untermenzing, Leistung eines Baukostenzuschusses in Höhe von 52.000 Euro an Lila Lupi GmbH für 3 neue Krippenplätze
- Haus für Kinder an der Savoyenstr. 10 im 9. Stadtbezirk Neuhausen-Nymphenburg, Leistung eines Baukostenzuschusses in Höhe von 1,6 Mio Euro an Herrn Ferenc Wachtler für die Schaffung von 48 Krippen- und 15 Kindergartenplätzen.

*Zusammengestellt von Franz Schnitzlbaumer, KJR München-Stadt*

\*\*\*\*\*

#### **RAHMENKONZEPTION**

#### **OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT ALS ANTIRASSISTISCHE ARBEIT**

Unsere Reihe der Vorstellung neuer Themen in der Rahmenkonzeption OKJA richtet diesmal den Blick auf das Selbstverständnis und den Anspruch der OKJA, antirassistisch zu arbeiten. Dass dies dringend geboten ist, zeigen etwa die Ergebnisse der Münchner Jugendbefragung 2016; hier haben Jugendliche in mehr als 100 Aussagen ihre rassistischen Einstellungen offen gelegt.

Und auch bei einem Blick in den Alltag von OKJA-Einrichtungen wird deutlich, dass diese von rassistischem Verhalten nicht frei sind; vielmehr wiederholen oder spiegeln junge Menschen

ihrerseits in den OKJA-Einrichtungen jene Mechanismen der Ausgrenzung und Abwertung, die sie aus dem gesamtgesellschaftlichen Kontext oder eigener Erfahrung kennen.

Daraus ergibt sich für die Träger der Auftrag, in den Einrichtungen prozesshaft eine antirassistische Kultur zu etablieren. Nötig ist dabei zum einen, ein Prozess der Personal- und Organisationsentwicklung, der eine umfassende Qualifizierung der Mitarbeitenden gewährleistet; hierbei sind z.B. auch Settings einzurichten, die den Mitarbeitenden eine regelmäßige Reflexion eigener Privilegien und Haltungen ermöglichen.

Zum anderen, d.h. im Kontakt mit den jungen Menschen, gilt es an der Schnittstelle von Persönlichkeitsentwicklung und demokratischer Bildung tätig zu werden: Junge Menschen benötigen Lernprozesse auf dem Weg dahin, wie sie konstruktiv und wertschätzend mit der Pluralität der Stadtgesellschaft umgehen können. Für die alltägliche, pädagogische Arbeit bedeutet dies z.B.

- die Wahrnehmung zu wecken und zu fördern, wie ungerecht und verletzend rassistische Äußerungen und Handlungen sind
- rassistische Beschimpfungen und Abwertungen nicht zu dulden
- von Rassismus (potenziell) betroffene Jugendliche zu stärken
- die Ablehnung von rassistischem Denken und Handeln in den Stadtteil bzw. umgebenden Sozialraum hinauszutragen (z.B. Kampagnen)
- sowie die Potenziale im Stadtteil (z.B. Ereignisse, Aktionen) für die Auseinandersetzung mit Rassismus zu nutzen.

*Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters*

\*\*\*\*\*

## **#20JAHREGIT – (MEDIEN-)PÄDAGOGIK FÜR EINE DIGITALISIERTE GESELLSCHAFT**

Was hat sich in den letzten 20 Jahren getan, welche Aufgaben liegen vor uns? Wie wirken sich die technologischen Veränderungen und die Digitalisierung unserer Gesellschaft auf die Bereiche Bildung, Pädagogik und Jugendarbeit aus? Was braucht es an Wissen, Handeln und Kompetenzen für Kinder und Jugendliche? All diese Fragen werden beim 20. Gautinger Internettreffen von 26. bis 27. März 2019 thematisiert.

Weitere Informationen unter [www.gautinger-internettreffen.de](http://www.gautinger-internettreffen.de)

\*\*\*\*\*

## **KREATIV IM ATELIER**

Kinder (ab dem Vorschulalter) und Jugendliche sind zu einem kostenfreien Atelierbesuch im Haus der Kunst eingeladen. Die Gruppen oder Klassen erwarten kreative Workshops und Medienkurse, die stundenweise oder auch mehrtägig buchbar sind. Derzeit gibt es Angebote zur Ausstellung der Nürnberger Künstlerin Raphaela Vogel oder zu dem kambodschanischen Künstler Khvay Samnang.

Weitere Informationen unter [www.hausderkunst.de](http://www.hausderkunst.de)

\*\*\*\*\*

## LICHTERKETTE#NEXTLEVEL

Lichterkette e.V. unterstützt junge Menschen, die innovative Projekte in München entwickeln und umsetzen möchten. Das Förderprogramm umfasst eine individuelle Beratung und Begleitung durch erfahrene Mentoren, Weiterbildungen zu verschiedenen Themen sowie eine Anschubfinanzierung bis zu 2500 Euro. Die Projekte oder Projektideen müssen bis zum 30. März 2019 schriftlich eingereicht werden.

Weitere Informationen unter [www.lichterkette-nextlevel.de](http://www.lichterkette-nextlevel.de)

\*\*\*\*\*

## VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: Fortbildung: **Pornografiekonsum Jugendlicher – ein Thema für die pädagogische Praxis**

Wann: 14.02.2019, 10.00 - 17.00 Uhr

Wo: Seminarraum Aktion Jugendschutz, Dom-Pedro-Str.17, 2. OG

Kosten: 50 €

Anmeldung und Infos: [www.bayern.jugendschutz.de](http://www.bayern.jugendschutz.de)

Was: Fortbildung: „**Elektronikbasteleien für Einsteiger**“

Wann: 14.03.2019, 11.00 - 17.00 Uhr

Wo: Maillingerstraße 14

Kosten: keine

Infos und Anmeldung: bis 05.03.19 bei [medienfachberatung@jugend-oberbayern.de](mailto:medienfachberatung@jugend-oberbayern.de)

Was: Fachtag: „**Strukturprinzipien in der OKJA – Spielräume, Zwänge, Kompromisse**“

Wann: 21.03.2019, 9.30 - 13.30 Uhr

Wo: Funkstation/Feierwerk e.V., Margarete-Schütte-Lihotzky-Straße 36

Kosten: keine

Anmeldung: bis 09.03.2019 an [m.wenzig@kjr-m.de](mailto:m.wenzig@kjr-m.de)

Infos: [www.wir-sind-die-zukunft.net](http://www.wir-sind-die-zukunft.net)

Was: Netzwerk-Treffen „Schule & Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Wann: 21.03.2019, 17.00 - 20.00 Uhr

Wo: ÖBZ München, Engelschalkinger Str. 166

Kosten: keine

Infos und Anmeldung: [www.oekoprojekt-mobilspiel.de/netzwerk/netzwerk-umweltbildung/netzwerk-treffen-umweltbildung](http://www.oekoprojekt-mobilspiel.de/netzwerk/netzwerk-umweltbildung/netzwerk-treffen-umweltbildung)



\*\*\*\*\*

## VERANSTALTUNGSPLANUNG 2019

Infos i.d.R. 4 Wochen vor der Veranstaltung auf der angegebenen Homepage

Wann	Was	Wer	Infos/Anmeldung

\*\*\*\*\*

## DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 05.03.2019

- Bericht vom KJHA vom 26.02.2019
- Rahmenkonzeption „BNE“
- Platz da für Mädchen
- Offen für ALLE startet in neue Zertifizierungsrunde

\*\*\*\*\*

## IMPRESSUM

### Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Dr. Manuela Sauer, KJR München-Stadt, Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Heike Bloom, Fachforum Freizeitstätten

### Verantwortlich für die Inhalte:

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt  
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

### Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.